

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 32/3 (2005)

DOI: 10.11588/fr.2005.3.45392

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

JOST DÜLFFER

DIE FRANZÖSISCHEN AKTEN ZUR AUSSENPOLITIK 1960–1965*

Über die französischen Aktenpublikationen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist an dieser Stelle regelmäßig berichtet worden¹. Ein Vergleichsstand mit anderen internationalen Editionen zur Außenpolitik mag nützlich sein. Unangefochten an der Spitze stehen nach wie vor die Vereinigten Staaten. Deren anfangs zeitnahe Edition konnte zunächst nicht immer auf allgemeinem Zugang zu den eigenen Archiven rechnen, legte jedoch schon seit den frühen 1950er Jahren jeweils für ein Jahr Geschichtszeitraum mehrere Bände vor. Als seit den 1960er Jahren die Erschließung der Zeit seit Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen wurde, änderte sich das aber; die staatlichen Bände wurden umfassend erschlossen. In imposantem Publikationstempo wuchs auch die Zahl der veröffentlichten Bände, die etwa für die Eisenhower-Administration Sachthemen für mehrere Jahre erschlossen – so etwa für 1952–1954 in 16 Bänden zwischen 1979 und 1989; später kamen noch Ergänzungsbände hinzu. Für die Kennedyadministration sind zwischen 1988 und 2002 nicht weniger als 25 Bände publiziert worden; Microfiche-Ergänzungen kamen in den letzten Jahren hinzu. Von den geplanten 24 Bänden über die Johnson-Administration (1964–1968) liegen zwar noch nicht alle vor, aber über die nachfolgenden Jahre Nixons (1969–1972) gibt es bereits die ersten drei Bände. Darüber hinaus sind von der Truman-Administration an (hier nur ein Band) sehr viele Bände Volltext online gestellt worden², seit den Jahren Kennedys, alle. Das ist weltweit unübertroffen, auch wenn es in den neunziger Jahren eine Krise in der Editionspraxis gab. Die britischen Quellen »Documents on British Foreign Policy Overseas« setzten 1984 mit zwei Serien, 1945–1950 und 1950–1955 fulminant ein, publizierten – auch mit sehr nützlichen Microfiche-Beigaben – bis Anfang der 1990er Jahre sieben bzw. vier thematische Bände, stagnierten dann und wagten nur gleichsam einen Befreiungsschlag mit drei Bänden über zentrale Fragen der britischen Außenpolitik, die dann – zwischen 1997 und 2001 – allerdings die Jahre 1968–1976 erfassten und somit für diesen Geschichtszeitraum erstaunlich die internen Dokumente noch vor der üblichen 30jährigen Sperrfrist freilegten. In der Bundesrepublik startete man spät, 1993 mit den »Akten zur auswärtigen Poli-

* Zugleich Besprechung von: Ministère des Affaires Étrangères (Ed.), Documents Diplomatiques Français, Paris (Imprimerie Nationale) 1960 Tome II: 1 juillet–31 décembre LXXIV, 870 S. (1996); 1961 Tome I: 1 janvier–30 juin LXXIX, 1024 S. (1997); Tome II: 1 juillet–31 décembre, L, 823 S. (1998); 1962 Tome I: 1 janvier–30 juin XLVII, 717 S. (1998); Tome II: 1 juillet–31 décembre, LI, 636 S. (1999); 1963 Tome I: 1 janvier–30 juin XLIII, 728 S. (2000); Tome II: 1 juillet–31 décembre XLIII, 711 S. (2001); ab 1964 Bruxelles u. a. (P.I.E. – Peter Lang); 1964 Tome I: 1 janvier–30 juin, LI, 710 S. (2002), Tome II: 1 juillet–31 décembre, XLIV, 651 S. (2002); 1965 Tome I: janvier–30 juin, LI, 882 S. (2003); 1965 Tome II: 1 juillet–31 décembre, L, 873 S. (2004). Die Besprechung wurde im September 2004 geschrieben und im Februar 2005 ergänzt.

1 Zu den Documents Diplomatiques Français 1954/55 vgl. Francia 15 (1987) S. 1091–1094; zu 1955/56 vgl. Francia 17/3 (1990) S. 320–323; sowie die Miscellen Die französischen Akten zur Außenpolitik 1956/57, in: Francia 20/3 (1993) S. 175–180; bzw. Von der Vierten zur Fünften Republik. De Gaulle und die französische Außenpolitik 1958–1960, in: Francia 24/3 (1997) S. 183–186.

2 Vgl. <http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/c1716.htm>.

tik der Bundesrepublik Deutschland« (AAPD), dann allerdings – ähnlich wie DDF – mit nicht thematisch gegliederten Jahrgängen, die jeweils bis zu drei Bänden umfaßten. Diese Edition setzte genau mit der 30-Jahresfrist im Jahr 1963 ein und hat seither ihr Tempo gehalten, so daß in 2004 die Akten des Jahres 1974 vorgelegt werden. Wie in Frankreich, wo eine neue Serie der DDF ab 1944 einsetzte, die mittlerweile das Jahr 1947 erreicht hat, so begann man auch in der BRD mit einer Vorläuferserie ab 1949, die inzwischen bei dem Jahr 1954 angelangt ist. Die Lücke bis 1963 dürfte so in absehbarer Zeit geschlossen werden können. Natürlich haben auch andere Staaten, wie Italien, die Schweiz, die Niederlande oder Kanada bemerkenswerte analoge Veröffentlichungen aufzuweisen; sie können jedoch bislang mit den genannten nicht Schritt halten³.

Die französische Edition der Jahre ab 1954 hat seit der Übernahme der Hauptherausgeberschaft durch Maurice Vaïsse an Schwung und an Konsistenz gewonnen und diese auch behalten. Vaïsse gibt zu Beginn jedes Bandes einen konzisen Überblick über den Inhalt. Diese Texte sind sehr viel knapper gehalten, als dies früher einmal üblich war und haben die Tendenz immer kürzer zu werden – von 4–5 Seiten anfänglich, später (so 1963 I oder 1964 II) nur noch um anderthalb Seiten. Verweise auf einzelne Dokumente treten gegenüber Hinweisen auf Ereignisse zurück und neigen eher zu knappen Impressionen.

Der Aufbau ist schlüssig und im Kern gleich geblieben. Die Dokumente sind chronologisch angeordnet und werden durch ein ausführliches Inhaltsverzeichnis von jeweils ca. 50 Seiten in Regestform erschlossen. Dieses wiederum ordnet die Quellen nach Sachgebieten, was nicht immer unproblematisch ist. Querverweise zwischen den einzelnen Gebieten helfen dabei jedoch weiter. Am Anfang des Teils I stehen Dokumente etwa zu den Vereinten Nationen (die aber im Laufe der Zeit immer seltener werden), dann kommen andere generelle Fragen oder Organisationen (1961 II zum Beispiel ist das die Konferenz der Nicht-Blockgebundenen in Belgrad, die Abrüstungsfrage, die Atomfragen, die Weltraumfragen). Die Ost-West-Beziehungen, die dann als Kapitel F folgen haben hier für mehrere Jahre den Untertitel: »La crise de Berlin et ses répercussions sur la négociation est-ouest«, bündeln also das Hauptthema der allgemeinen Staatenpolitik mit seinem strukturellen Einbettungen. Danach folgt im genannten und vielen anderen Bänden die atlantische Allianz. Teil II heißt »L'Europe« und beginnt mit A »L'Europe de l'Ouest«. Das schließt die westeuropäische Integration ein, zumeist getrennt wiederum nach politischer Integration, sodann ökonomischer Integration und gelegentlich auch (im Rahmen von Euratom) atomare Integration. Danach folgen die einzelnen Staaten, auch die kleineren, denen meist nur wenig Dokumente zugeordnet sind. B umfaßt dann Osteuropa. Teil III ist Afrika gewidmet, zunächst den »Généralités«, sodann kommt das bis 1962 jeweils zentrale Nordafrika mit der Algerienfrage, es folgen diverse andere Zonen des Kontinents, die Kongofrage mit seiner Unabhängigkeit und den nachfolgenden Krisen und UN-Intervention voran. Teil III ist dem Nahen und Mittleren Osten gewidmet, Teil V heißt »L'Asie du Sud et du Sud-Est. L'Extrême Orient«. Es folgt VI »L'Amérique«, bei dem zunächst die Vereinigten Staaten verortet sind, dann lateinamerikanische Staaten und Probleme. Für die USA gilt, was schon für die westeuropäischen Staaten gesagt wurde: Die meisten relevanten Fragen sind schon in anderen Kapiteln einbezogen worden. Der weltumspannende Anspruch der Edition markiert auch den französischen Anspruch auf Weltmacht, jedoch sind pragmatisch jeweils für die meisten Gebieten und Sachfragen nur wenige Dokumente abgedruckt.

Nur einmal, im zweiten Band für 1960, ist die Regestierung unterbrochen worden, wenn im Teil I »Questions générales« das erste Kapitel »Entretiens« heißt. Hier sind in der Tat die zentral wichtigen Berichte über die Gipfelgespräche de Gaulle-Adenauer in Rambouillet

3 Vgl. eine Übersicht unter: <http://www.internationale-geschichte.historicum.net/material/bibliographie.html>.

vom 29./30. Juli 1960 wiedergegeben, aber auch nachfolgende Gespräche des französischen Staatspräsidenten mit den führenden niederländischen Politikern bzw. Außenminister Herter in New York am 19. November und vier Tage später trafen sich die drei westlichen Außenminister der Großmächte, die nochmals am 15. Dezember in Paris zusammenkamen, um (zum Amtsende von US-Präsident Eisenhower) über Chancen eines künftigen Vierergipfels (nach dem im Juni 1960 geplatzt in Paris) zu beraten. Weitere hochrangige Gespräche betrafen in diesem Halbjahr Michel Debré und Konrad Adenauer, Edward Heath und Couve de Murville sowie französisch-italienische Gespräche Debré und Fanfani. Gerade diese Aufzeichnungen sind die interessantesten und wichtigsten, betrafen sie nicht nur jeweils einen breiten Horizont an Themen, sondern brachten auch – je unterschiedlich – die offensten und konzeptionell am weitesten reichenden Gespräche.

Diese Einteilung in 1960 II ist somit zwar leserfreundlich, suggeriert jedoch – für Bearbeiter einer neutralen Edition problematisch – auch eine Bedeutung von einzelnen Dokumenten, die problematisch ist. Möglicherweise hat man dies daher wieder fallen lassen und diese Gespräche in nachfolgenden Bänden unter die Sach- oder Regionalbezüge wieder eingeordnet. Ein kleiner Punkt der Kritik in einer ansonsten vorzüglichen Edition findet man in den – wie geschildert gegliederten – Eingangsregesten, die neben der Dokumentennummer zur Orientierung nur das Datum angeben. Gerade die Regesten laden jeden Beobachter jedoch ein, nach einem bestimmten Dokument weiter zu blättern (wie es auch der Rezensent häufig getan hat). Doch dann muß man oft länger suchen, da als Kolummentitel jeweils nur das Datum des Dokuments angegeben ist. Gerade bei längeren Aufzeichnungen oder Protokollen – das sind bisweilen über 40 Seiten (zum Beispiel 1961 I, No. 265 – 41 S., oder 1961 I, No. 286 – 120 S.) – wäre es sehr hilfreich, wenn entweder im Regest schon Seitenzahlen oder im Kolummentitel auch Dokumentennummern angeführt würden. Zumindest ersteres hat die deutsche Edition aufzuweisen; aber es dürfte bei einer eingeführten Serie wie den DDF schwer fallen, auch nur eine so kleine Erleichterung für den Benutzer anzubringen.

Akteneditionen können der Forschung folgen oder ihr vorausgehen. Die DDF ab 1954 starteten in etwa mit der dreißigjährigen Frist der Aktenfreigabe, haben nunmehr jedoch einen zeitlichen Abstand zur ersten, auch aus den Akten gearbeiteten Forschung. Für den französischen Bereich sind hier zu nennen die großen Monographien von Georges-Henri Soutou⁴ und von Maurice Vaïsse⁵ selbst, für den deutschen Bereich vor allem die umfassende Monographie von Ulrich Lappenküper⁶ für die Zeit bis 1963. In der Edition wird wie allgemein üblich nicht auf derartige Forschungen hingewiesen, wohl aber auf andere, vornehmlich französische Editionen. Die *Année politique* hat ja viele offene Texte zeitgenössisch selbst publiziert, ebenso wurden solche von der Documentation française als »Articles et documents« publiziert. Besonders schwierig ist die Tatsache zu beurteilen, daß gleichsam die gesammelten Werke von Charles de Gaulle bereits seit Jahrzehnten vorliegen⁷. Hier

4 Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996 (Pour une histoire du XX^e siècle); sowie DERS., *La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990*, Paris 2001.

5 Maurice VAÏSSE, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998 (Pour une histoire du XX^e siècle).

6 Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*, 2 Bde. München 2001 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 49).

7 Vor allem: Charles DE GAULLE, *Discours et messages*, Tome 1: Pendant la guerre, Juin 1940–Janvier 1946; Tome 2: Dans l'attente, Février 1946–Avril 1958; Tome 3: Avec le renouveau, Mai 1958–Juillet 1962; Tome 4: Pour l'effort, Août 1962–Décembre 1965; Tome 5: Vers la terme, Janvier 1966–Avril 1969, Paris 1970ff.; DERS., *Lettres, Notes et Carnets*, Mai 1945–Juin 1951, Paris 1984; *Lettres*,

wurde pragmatisch verfahren: einige zentrale Stücke wurden erneut (mit Verweis auf die *Lettres* u. a.) aufgenommen, andere nicht. Nicht erstaunlich ist es, daß die meisten Niederschriften über Gespräche de Gaulles hier erstmals vorliegen und eine erstrangige Quelle darstellen. Kaum ein Politiker redete in dem ihm eigenen Stil so offen über die Weltpolitik, über Frankreichs Rolle darin und den von ihm dann vollzogenen Kurswechsel, als er sich dann doch nicht durchsetzen konnte.

In den meisten Fälle werden Gesprächsprotokolle von wichtigen Unterredungen abgedruckt, in vollem, oft sehr umfangreichem Wortlaut. Das ist sehr verdienstvoll. In manchen Fällen wird aber nur die anschließende Information an ausgewählte oder alle französischen Botschaften gegeben. Besonders lange Texte, unbeschadet ihrer Bedeutung, werden in kleineren Schrifttypen wiedergegeben. Das dient wohl der Platzersparnis. Wenn in früheren Besprechungen zu den DDF ein Wandel zum Abdruck von interaktiven Texten (Protokolle, Weisungen etc.) hervorgehoben wurde, so ist das in den hier vorzustellenden Bänden weitgehend wieder rückgängig gemacht worden. Jetzt finden sich wieder lange Positionspapiere, die zur Festlegung des französischen Standpunktes in einer bestimmten Frage dienen sollten oder auch als Informationspapiere von hohen Vertretern des Außenministeriums gegenüber Außenminister, Ministerpräsident oder Staatspräsident. Bisweilen ist die Hintergrundinformation der bisherigen Entwicklung einer Sachfrage bzw. der französischen Haltung hierzu für den Historiker als gleichsam erster Durchgang einer bestimmten offiziellen französischen Sicht überaus nützlich, aber vielleicht in dieser Form doch entbehrlich. Man kommt nicht umhin, hier einen gewissen kompensatorischen Charakter für sonst vernachlässigte Themen zu sehen. Als Beispiel sei 1962 I, No. 63 genannt, in der am 19.2.1962 auf elf Seiten eine Notiz der »Direction des Nations Unis et Organisations internationales« als gleichsam Jahresrückblick über die Tätigkeit der UNO zu Beginn der neuen Sitzung der Vollversammlung gegeben wird. Auch bei Berlin findet sich eine sehr nützliche Übersicht über die völkerrechtliche Entstehung des Berlin-Status seit 1944 (1961 I, No. 252 – 23. Mai 1961) auf neun Seiten. Eine – bis auf die aktuellen Folgerungen – identische Version dieses Dokuments findet sich nochmals in 1961 II, No. 10 vom 5. Juli 1961 – mit ganz anderer Kommentierung. Am längsten ist insgesamt der Abdruck von Gesprächsprotokollen mit der algerischen Befreiungsfront um die Unabhängigkeit Algeriens, die schließlich 1962 im Vertrag von Evian zum Erfolg führten. 1961 I, No. 286 umfaßt die Verhandlungen vom 20. Mai–13. Juni 1961 auf 120 Seiten, 1961 II, No. 54 benötigt 47 Seiten, um die Protokolle der Verhandlungen vom 20.–28. Juli 1961 abzdrukken (im Regest steht nur 20./21. Juli). Das sind wichtige Quellen, die nur editorische Probleme der Zusammenfassung längerer Verhandlungsstränge in einem Dokument aufwerfen, die aber für den Historiker so doch leichter zu finden sind. Die früher gewählte Form von Annexbänden zu bestimmten Problemkreisen bot sich wohl deshalb nicht an, weil diese Annexbände früherer Jahrgänge schon zeitgenössisch intern gedruckte Quellen nunmehr veröffentlichten.

Einige Markzeichen zum Inhalt seien genannt, obwohl der Gang der Forschung an Hand der Vorgänge auch hier nicht gewürdigt werden kann. In der (seit 1958 schwelenden) Berlinkrise stellte sich de Gaulle fest auf die Seite eines harten Kurses gegenüber Moskau (zu Kennedy, 1961, I, S. 670: »Mais si M. Khrouchtchev veut risquer, lui, une guerre à propos de Berlin, il faut lui dire fermement qu'il l'aura. Mais il ne la veut pas.«; sowie später: wenn es eine Schlacht um Berlin geben sollte, »ce sera la guerre«). Das war ganz im Sinne Adenauers, während britische Politiker, Harold Macmillan voran, aber auch US-Politiker der Administration Eisenhower und Kennedy in dieser Hinsicht viel flexibler waren. Das wie-

Notes et Carnets, Juin 1951–Mai 1958, Paris 1985; Lettres, Notes et Carnets, Juin 1958–Décembre 1960, Paris 1985; Lettres, Notes et Carnets, Janvier 1961–Décembre 1961, Paris 1986, Janvier 1964–Juin 1966, Paris 1987, Juillet 1966–Avril 1969, Paris 1987, Mai 1969–Novembre 1970, Compléments de 1908 à 1968, Paris 1988.

derum hatte mit einer stark dominierenden militärischen Sicht des Politikers zu tun, der überzeugt war, daß die Sowjetunion letztlich keinen Krieg über diese Frage riskieren werde. Dennoch nahmen für die französische Seite und für de Gaulle im besonderen die westlichen Fallplanungen für Maßnahmen gegenüber einseitigem sowjetischem Vorgehen mit dem Decknamen »Live Oak« einen großen Raum ein. Noch im Februar 1963 (1963 II, No. 68) berichtete der französische Botschafter aus Bonn ausführlich die Mitteilungen des Generalstabschefs dieses dreiseitigen Unternehmens »Live Oak«, das wohl bis 1965 fortgeführt wurde. Die Gespräche der vier westlichen (incl. die Bundesrepublik) Außenminister vom 5.–7. August 1961 (1961 II, No. 61 und 65) waren besonders wichtig, zeigten jedoch noch keine Vorahnung des Mauerbaus. Danach wurde die eigentliche Krise mit einem Abschluß des Separatfriedensvertrages Sowjetunion-DDR erst erwartet. Die zweitägigen Besprechungen zwischen de Gaulle und Macmillan – 24./25.11.1961 II, No. 192 – sind aufschlußreich. »Le général de Gaulle rappelle que les Allemands sont acutellement divisés, mais que, s'ils réveillent politiquement que le ›symbole‹ de Berlin disparaisse, on ne peut pa dire ce qu'ils feront. Pour la France, Berlin n'est pas l'essentiel, elle ne l'est qu'en fonction de l'Allemagne et des Allemandes.« Dahinter lauere die Gefahr eines bundesdeutschen Alleingangs gegenüber Moskau – und die vorangegangenen bzw. nachfolgenden Angebote Chruschtschows, von Botschafter Kroll übermittelt, lösten dann auch einige Unruhe aus (1961 II, Nos. 171, 172, 1962 I, No. 23, 25, 41 u. ö.). Ebenso wenig konnten sich die Franzosen an die US-Gespräche mit der Sowjetunion gewöhnen, die Konzessionen über eine internationale Zugangsbehörde für Berlin vorsahen. Das galt einmal der Sache nach, dann aber auch wegen US-amerikanischer Eigenmächtigkeiten, an denen die Franzosen nicht teil hatten. Als die neuesten westlichen Vorschläge durch eine Indiskretion in Bonn bekannt wurden, versicherte Außenminister Gerhard Schröder seinem französischen Kollegen am 16. April 1962 (No. 130 – nicht am 13.4., wie es im Eingangsregist heißt), dies gehe nicht auf die Regierung zurück, wohl aber habe man die Führer der politischen Parteien zuvor informieren müssen. Couve de Murville meinte aber, »nous sommes perdu«, wenn man den Russen offen sage, daß man einen Friedensvertrag auf jeden Fall vermeiden wolle. Die Verhandlungen versandeten dann aber bald bzw. wurden von der Kubakrise abgelöst, wobei über die französische Haltung in den DDF nur sehr wenig zu erfahren ist (de Gaulle unterstützte die USA hier nachdrücklich) – obwohl es schon einen sehr schönen Sammelband von Maurice Vaïsse über die europäische Haltung zu der Krise gibt⁸.

Zentral war immer Frankreichs Stellung als Weltmacht. Diese hinwieder beruhte ganz entscheidend auf dem Verhältnis zu den USA. De Gaulle vermochte die NATO nie anders als ein amerikanisches Instrument zu sehen. Hier war die nukleare Teilhabe das entscheidende Thema. So gewinnen die ersten Gespräche, die de Gaulle mit dem neuen Präsidenten John F. Kennedy vom 31. Mai–2. Juni 1961 vor dessen Wiener Treffen mit Chruschtschow führte, geradezu paradigmatische Bedeutung (1961 I, No. 265, 41 S.). Bei mehreren Gesprächen kam de Gaulle auf die Frage der nuklearen Garantie für Europa zu sprechen. »Les États-Unis peuvent être amenés à frapper les premiers. Mai, si l'Europe est attaquée, la riposte sera-t-elle seulement sur la Prusse, la Saxe [so umschrieb de Gaulle häufig, aber nicht immer die DDR], la Pologne, la Tchecoslovaquie? Dans ce cas, la réplique sera-t-elle sur l'Europe occidentale seule? Le président Kennedy affirme que non, qu'il n'y avait pas de distinction à faire entre la Russie es ses satellites et qu'il faudrait frapper l'ensemble« (S. 705). Aus dieser für ihn unklaren Situation forderte der General nachdrücklich eine Verteidigungsidentität Europas – und lehnte auch in den folgenden Jahren immer wieder US-amerikanische Vorschläge zu nuklearer Teilhabe ab: »il est normal que l'Europe veuille disposer de ses propres moyens et avoir sa capacité défensive propre« (S. 696). Diese beruhe auf französischen Kernwaffen; er hielt – anders als Kennedy, der unbefangen von der ent-

8 Maurice VAÏSSE (Hg.), *L'Europe et la crise de Cuba*, Paris 1993.

sprechenden westdeutschen Kapazität sprach – eine westdeutsche Atombewaffnung gerade im Hinblick auf osteuropäische Animositäten für nicht tunlich: »Il ne serait de l'intérêt de personne que les Allemands disposent d'armes atomiques« (S. 692). Diese sollten bei Frankreich bleiben und da eben Frankreich keine Großmacht mehr aus sich darstelle, zumal gegenüber den USA und der Sowjetunion, müsse es diese wiedergewinnen – und dies auch und gerade in Westeuropa.

Aus dieser Überlegung resultierten die verschiedenen Pläne zu einer stärker politischen Kooperation Westeuropas, die in der Edition strikt von den ökonomischen der existierenden EWG bzw. Euratom getrennt werden. Die sogenannten Fouchetverhandlungen werden seit Ende 1961 genau dokumentiert, insbesondere die belgische und französische Weigerung, daran ohne Großbritannien teilzunehmen. Das entsprechende Junktim führte zu langen und parallel geführten Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien (sowie Norwegen, Dänemark und Irland). Sehr eindrucksvoll ist es in diesem Zusammenhang, Harold Macmillans Werben um eine Zulassung zur EWG zu gleichen Bedingungen wie die Gründungsmitglieder zu sehen, zum letzten Mal 1962 II, No. 200 am 15. und 16. Dezember 1962, in der dieser den langen Weg seines Landes von der Commonwealthbindung zur europäischen Wendung betonte. De Gaulle blieb eisenhart, »l'adhésion de la Grande-Bretagne conduirait à une toute autre application de ce traité«, Macmillan zeigte sich »stupéfait et profondément blessé par votre déclaration« und drohte, Großbritannien müsse dann andere Wege gehen. Nicht so deutlich ausgesprochen war de Gaulles Verstimmung über die vorangegangenen britisch-amerikanischen Raketenverhandlungen in Nassau auf den Bahamas, die letztlich im Januar 1963 de Gaulle – dann schon nicht mehr ganz überraschend für die Briten – zu seiner öffentlichen Weigerung führten. Im Dezember hatte er gesagt: »Nous ne pouvons être à la même fois avec eux [= den USA] et avec l'Europe.« Die britische Nuklearstreitmacht sei »intimement liée aux États-Unis« (S. 548). Und wenn Macmillan gerade die von de Gaulle gewünschte staatliche Zusammenarbeit Westeuropas auch für sein Land als positiv begrüßte, resignierte de Gaulle: »Les Six n'y étaient pas prêts. Il a fallu des années pour aboutir au traité de Rome« (S. 544). Das war der Weg zum deutsch-französischen Vertrag vom Januar 1963. Die Edition hebt zurecht hervor, daß Adenauer hier den ersten Anstoß gab (1962 II, No. 67 über Gespräche Adenauer – de Gaulle in Bonn incl. Rheinfahrt nach Düsseldorf vom 4.–6. September 1962). »Le Chancelier estime qu'il faudrait d'abord un gentlemen's agreement entre la France et l'Allemagne, qui ne serait pas destiné au grand public et qui ferait de l'avenir ce que les deux pays veulent qu'il soit« – auch gegenüber Großbritannien. De Gaulle meinte, zwischen ihm und Adenauer existiere das schon (S. 177), aber Adenauer insistierte später auf einem »procès-verbal ou d'un mémorandum à propos de l'accord franco-allemand« (S. 180). Es ist bekannt und in 1963 I nachzulesen, daß erst während der Verhandlungen in Paris im Januar 1963 aus diesen Ansätzen der feierliche Élysée-Vertrag wurde.

Vor diesem fand jedoch die – in einer Anmerkung – dokumentierte Pressekonferenz de Gaulles am 14. Januar 1963 statt (1963 I, No. 21 Anm.1), mit der er Großbritannien gleichsam den Stuhl vor die Tür der EWG stellte. Das wird ausführlich aus wichtigen Hauptstädten dokumentiert. Ab 1963 ergibt sich darüber hinaus die günstige Gelegenheit, die bundesdeutsche Aktenedition AAPD und die französischen DDF zumindest für die bilateralen Beziehungen nebeneinander zu halten. So berichtete der französische Botschafter in Bonn, de Margerie, am 16. Januar (No. 23) ausführlich über ein einstündiges Gespräch mit Adenauer unter anderem über die Vorbereitung der gemeinsamen Erklärung. Es folgt vom gleichen Tag eine neunseitige Aufzeichnung des Service Europe Centrale (No. 24) über den Stand der Vorbereitungen des kommenden Treffens; die Fußnoten weisen auf weiteres vorbereitendes Material und vorangegangene Sitzung hin. In AAPD finden sich aus der gleichen Zeit dagegen mehrere Dokumente (Nr. 6, 13, 18, 22, 25, 26) zwischen Jahresbeginn und dem 16. Januar, in denen sehr viel deutlicher die divergierenden Meinungen beider Sei-

ten hervortreten. Weitere vorbereitende Dokumente folgen, in welchen auch die Folgen für die allgemeine Orientierung der Bundesrepublik diskutiert werden. Die unterschiedlichen Sitzungen der deutsch-französischen Beratungen, durch welche der Freundschaftsvertrag final ausgehandelt wurde, nehmen in DDF No. 38 20 Seiten ein, während die deutschen Niederschriften – auf mehrere Dokumente verteilt – wesentlich ausführlicher geraten sind und ca. 34 Seiten umfassen. Wie allgemein bei solchen Aufzeichnungen üblich, wurde die eigene Seite zumeist knapper, die des Gesprächspartners aber ausführlicher wiedergegeben. So berichtete nur nach der französischen Aufzeichnung Adenauer detailliert über die Vorgeschichte der gleichzeitig ausgehenden Einladung an Kennedy zu einem Staatsbesuch, worin sich der Kanzler nach DDF immerhin dahin äußerte, die Amerikaner blieben immer Jugendliche von 18 bis 19 Jahren, die den älteren, den Europäern, immer ihre Überlegenheit und Intelligenz beweisen müßten. Die deutsche Aufzeichnung hat davon nichts. Leicht abweichend sind nach den beiderseitigen Aufzeichnungen auch de Gaulles Antworten auf die Frage nach eventuellen deutschen Atomwaffen. Die deutsche Version hat auch, daß de Gaulle die BRD daran nicht hindern werde – beide Versionen berichten aber von den gravierenden Warnungen über die Folgen in Osteuropa und den USA. Gar nicht in den deutschen Akten ist die Aufzeichnung über ein zwanzigminütiges Abschiedsgespräch Adenauers bei de Gaulle am 23. Januar enthalten – freilich äußerte sich da Adenauer auch nur im Plauderton skeptisch über die Qualität deutscher im Vergleich zu französischen Parlamentariern und über das Verhältnis von Dummheit und Weisheit im allgemeinen.

Der Élyséevertrag war von vornherein innenpolitisch in der Bundesrepublik wegen seiner einseitigen Ausrichtung auf Frankreich umstritten und markierte ja schließlich durch die vom Bundestag hinzu gefügte Präambel das Ende der Ära Adenauer. Das wird hier in mehreren Dokumenten bis hin zur Ratifikation gezeigt. Das Inkrafttreten des Vertrages (merkwürdigerweise wird der Vertrag erst aus diesem Anlaß von der *Sous-direction d'Europe Centrale* analysiert – No. 221, im Regest fälschlich No. 227) fiel zusammen mit dem Kennedybesuch in der Bundesrepublik, der ausführlich und ein wenig skeptisch in No. 220 und 224 berichtet wurde. Der im Jahr 1962 voraufgegangene Besuch de Gaulles wurde demgegenüber fast enthusiastisch gefeiert – bis hin zu tiefschürfenden kulturgeschichtlichen Interpretationen von Botschafter de Margerie gut zwei Wochen nach dem Ereignis, der nicht nur seinen Staatschef in höchsten Tönen feierte, sondern auch Vergleiche mit der Locarno-Ära, Stresemann und Briand, anstellte und den Beifall für de Gaulle positiv von dem – von ihm selbst erlebten – Beifall gegenüber Hitler abhob (1962 II, No. 95, vgl. No. 78, 80). Bei Adenauers Abschiedsbesuch in Paris am 21./22. September 1963 (No. 103) sprachen die beiden eher allgemein über die Weltpolitik. Adenauer übergab ein von ihm diktiertes Memorandum (gedruckt aber in AAPD 1963, Nr. 355), das leider in der französischen Ausgabe nicht gedruckt wird, wohl aber die Gesprächsniederschrift beider Politiker (die auch AAPD 1963, Nr. 356 hat). Adenauer wies – auch in der Form singular – vermächtnisartig auf die sowjetische Gefahr, deren Abhängigkeit auch von China und von westlichen Wirtschaftslieferungen als große Chance für westliche Politik und damit eine Beendigung des Kalten Krieges hinwies. De Gaulle zeigte sich wesentlich skeptischer hinsichtlich westlichen geschlossenen Auftretens im NATO-Rahmen – schließlich hatte er Anfang des Jahres nach der Mittelmeerflotte auch die französische Atlantikflotte aus der Militärintegration zurückgezogen – was in DDF 1963 I nur schwach mit Originaldokumenten erfaßt wird, wohl aber mit Verweisen: No. 209. Die seit 1962 breit geführten Verhandlungen über eine NATO-Atomstreitmacht interessierten de Gaulle unter diesen Bedingungen wenig, trotz zahlreicher diplomatischer Austausche vor allem seit 1963. Im Abschlußgespräch mit de Gaulle äußerte sich Adenauer skeptisch über den Fortbestand des Gemeinsamen Marktes, da eine Angleichung der Soziallasten seitens der Kommission nicht zustande gekommen sei. Nur nach den französischen Aufzeichnungen sprach der westdeutsche Kanzler dabei auch von seinen vergeblichen Versuchen gegenüber Kommissionspräsident Hallstein.

Das erste Gespräch de Gaulles mit Adenauers Nachfolger als Kanzler, dem bisherigen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 21. November 1963 (1963 II, No. 207) verlief äußerlich harmonisch, jedoch war das erste Gespräch (von zweien) ganz dem Agrarmarkt gewidmet, für den de Gaulle sehr präzise Wünsche nach Marktordnungen anmeldete. Die sicherheitspolitische Anbindung an die USA – das zweite Thema – wurde von de Gaulle für die Bundesrepublik wie auch sonst mit Verständnis beurteilt, ohne daß er seine eigene, französische Position mit Nachdruck vertreten hätte.

Was sich in den Vorjahren schon angedeutet hatte, setzte sich 1964 verstärkt fort. Es ging um die französischen Bestrebungen nach größerer Eigenständigkeit innerhalb der europäischen Integration, aber auch und gerade in der Weltpolitik. Was sich bereits im Vorjahr in Geheimverhandlungen angebahnt hatte, fand nun seinen Abschluß: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China – und dies trotz der Schwierigkeiten, welche das Engagement von Maos Reich in Schwarzafrika auslöste. Zuvor wurde auch die Sowjetunion über diesen Schritt informiert – eine Geste, die in Moskau dankbar akzeptiert wurde. Chruschtschow setzte wohl einmal an, das Lob für diesen Realitätssinn Frankreichs auch anderswo wünschbar erscheinen zu lassen (das konnte wohl auf die DDR zielen), vertiefte das auf Nachfrage aber gerade nicht. Jedenfalls gingen die neuen Beziehungen nicht so weit, daß man gegen die Cocom-Beschränkungen Hilfestellung für atomare Anlagen leistete – schließlich zündete die VR China 1964 die erste Atombombe.

Gute Beziehungen mit mehreren Besuchen unterhielt Frankreich auch zu Israel, dem man seit 1953 (1964 I, No. 86 enthält einen historischen Abriss dieser Beziehungen) gerade parallel zur Entwicklung eines eigenen Programms bei der Reaktorherstellung maßgeblich half. Das ergab keinen ganz leichten Spagat gegenüber der arabischen Welt, die gerade nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 wieder verstärkt traditionellem französischem Werben offenstand (vor allem 1964 I, No. 13 de Gaulle – Ben Bella, dann II, No. 166: de Gaulle-Bouteflika). Sehr viele Dokumente in beiden Bänden widmen sich Afrika – sowohl den drei Maghrebstaaten als auch dem subsaharischen Teil des Kontinents. Das zielte nicht nur auf die gerade erst unabhängig gewordenen ehemals französischen Gebiete, sondern auch auf die ehemals britischen Kolonien oder der vormals belgische Kongo. Entwicklung, Einfluß, Handel spielten hier eine starke Rolle und ließen in Fragen des GATT gegenüber den USA nur geringen Spielraum.

Die transatlantischen Beziehungen zu den USA waren in mancher Hinsicht von Rivalität geprägt, die sich zumal im Rahmen der NATO deutlich abzeichneten und den völligen französischen Rückzug aus der gesamten Militärorganisation zwei Jahre später schon erahnen ließen. Gegenüber UN-Generalsekretär U Thant (1964 II, No. 32) äußerte de Gaulle deutlich, zwar ein Freund der USA zu sein, aber gegen jede amerikanische Hegemonie einzutreten, die sich lange auch in der UNO niedergeschlagen habe. Dem neuen NATO-Generalsekretär Manuel Brosio machte er klar (II, No. 86), das Bündnis sei zwar nützlich, Frankreich widersetze sich in der jetzigen weltpolitischen Lage kategorisch jeder Integration. Ähnlich zurückhaltend waren die Beziehungen zu Großbritannien (trotz des Concorde-Projektes, das von London zeitweilig zur Disposition gestellt wurde). Eine besondere Rolle spielte eine zweiwöchige Reise de Gaulles nach Südamerika Ende September, Anfang Oktober, die aber zu keinen konkreten Ergebnissen in der südlichen Hemisphäre des Doppelkontinents führte, wohl aber Ansprüche gegenüber den USA anmeldete, die dort nicht gern gesehen wurden.

Das lag auch und gerade an der EWG-Entwicklung und den Beziehungen zur Bundesrepublik, in denen es aber gleichfalls Schwierigkeiten gab. Bundesdeutsches Drängen auf ein beschränktes Budgetrecht des europäischen Parlaments stießen auf Unverständnis (1964 I, No. 155) angesichts der seit längerem von Paris verfolgten Ablehnung. Die Enttäuschung in Paris über das Scheitern der Fouchetpläne 1962 hallte auch jetzt noch nach, und auch der deutsch-französische Freundschaftsvertrag versprach im Jahr nach seiner Unterzeichnung

nicht den Erwartungen. De Gaulle formulierte gegenüber dem NRW-Ministerpräsidenten (1964 I, No. 248) Franz Meyers erneut die Möglichkeit zu Sonderbeziehungen auf den Gebieten Verteidigung, Wirtschaft und Studenten bzw. Tourismus, ohne daß dem neue politische Impulse folgten (vgl. auch zu Sonderminister Heinrich Krone, I, No. 43). Daran änderten auch die nun institutionalisierten Konsultationen auf Ministerebene zwischen Paris und Bonn nichts, die wiederum in den Vergleichen der beiderseitigen Aufzeichnungen genauer betrachtet werden können.

Aber bei den Konsultationen Anfang Juli 1964 in Bonn weisen die deutschen Aufzeichnungen (AAPD 1964, Nr. 186 bzw. 187) mehrdeutige Angebote auf eine bundesdeutsche Teilhabe am französischen nuklearen Schirm für Europa hin (de Gaulle: »... der Tage werde kommen, wo Europa politisch und militärisch ausreichend organisiert sein werde, um seine eigene Atommacht zu besitzen«). Davon haben die französischen Aufzeichnungen gar nichts; aber das könnte auch in einem umfassenden »dossier« des »Cabinet du ministre, Couve de Murville« stehen (II, No. 9. Anm. 4), von dem wir leider nichts erfahren. Überhaupt entsteht der Eindruck, daß einige militärischen Vorgänge zwar in den Anmerkungen erfaßt und mit Material dokumentiert werden, nicht aber selbst zum Abdruck gelangten. In AAPD ist anlässlich von de Gaulles Besuch in Bonn ein offener Austausch mit Adenauer gedruckt (Nr. 184), von dem DDF nichts haben. Singulär sind dagegen die Aufzeichnungen des französischen Botschafters in Bonn, den Ex-Kanzler Konrad Adenauer Anfang Februar 1964 zu sich bestellte, um diesem eine Generalabrechnung mit dem ja schon unter ihm seit 1961 amtierenden Außenminister Gerhard Schröder zur Weitergabe an den französischen Staatspräsidenten zu liefern (1964 I, No. 66). Sie grenzte an Rufmord – oder im internationalen Bereich: an Verrat der eigenen Regierung, gegenüber der sich die sogenannte »Nebenaußenpolitik« der SPD zwei Jahrzehnte später gegenüber der DDR und Sowjetunion als vergleichsweise harmlos ausnimmt.

Besonders eindrucksvoll ist die französische Skepsis gegenüber allen deutschen Versuchen, die nationale Frage wieder ins Spiel zu bringen. Der Plan für eine neue Friedensinitiative Bonns (1964 I, No. 77, 128) konnte von französischer Seite »nur« mit innenpolitischen Motiven »freundlich« erklärt werden; gerade im Gespräch mit Briten und Amerikanern kam die Skepsis über Alleingänge Bonns deutlich zum Ausdruck; die Möglichkeit vorzeitiger Veröffentlichungen bildete einen Ausweg zur Abwehr derartiger Initiativen (I, No. 173). Gar nicht so singulär war die Einschätzung der deutschen Frage, wenn de Gaulle sich gegenüber westlichen Partnern äußerte, aber gegenüber Dean Rusk ging er doch in manchem weiter (1964 II, No. 220): »Une Allemagne malheureuse ne représente pas grand danger; dès que ses forces croissent, ses ambitions augmentent.« Ein »rétablissement« Deutschlands liege nur in begrenztem Maße im französischen Interesse. Noch als Nachklang der MLF-Debatte formulierte der Staatspräsident, Frankreich werde nicht akzeptieren »que l'Allemagne disposât directement ni même indirectement de l'armement nucléaire«. In Sachen Wiedervereinigung tauchte als eines der möglichen unerwünschten Szenarien auf, daß sich die Bundesrepublik nach Osten wenden werde; jedenfalls gelte derzeit: »l'Allemagne doit rester comme elle est«.

Die Aktenedition ist derzeit (Ende 2004) bis Ende 1965 gediehen. Die Einleitung des 2003 erschienenen Bandes von Maurice Vaisse zitiert zum Schluß DDF 1965 I, No. 185, in dem von der – damaligen! – Verschlechterung der französisch-amerikanischen Beziehungen die Rede ist. Botschafter Hervé Alphand schrieb damals: »Le climat [...] ne s'améliora pas aussi longtemps que les États-Unis n'auront pas compris que le monde de 1965 n'est plus celui de 1945, que leur interventionnisme sans limites est aussi dangereux pour la sécurité générale que l'isolationnisme d'autrefois.« Das kann kaum zufällig nur auf das Geschichtsjahr 1965 gemünzt sein. Insgesamt nahmen in der ersten Hälfte des Jahres die Verstimmungen von und über Frankreich zu. Man forderte in Paris nachdrücklich eine Reform der NATO (No. 186, 207 – nicht 107 wie im Regest), kam aber nicht weiter. In der EWG gab es

Verstimmungen, kaum eine Initiative, die nicht aus Paris blockiert wurde. Recht deutlich spiegelte sich das auch in den beiden mittlerweile routinemäßigen Konsultationen mit Bonn, Beziehungen, die nach wie vor den größten Raum einnahmen. Beim zweiten Treffen des Jahres zwischen Erhard und de Gaulle in Bonn (1965 I, No. 269, 271, 274 – man ist anscheinend in DDF dazu übergegangen, keine zu langen Sammelnummern mehr zu drucken) kamen alle diese Konflikte zutage, zu denen noch die über die Ausfüllung des deutsch-französischen Vertrages hinzutraten. Zu den Sicherheitsfragen konstatierte der französische Staatspräsident nur glasklar (S. 710): »Si nous sommes attaqués, les Américains se serviront des armes tactiques, les Russes aussi et l'Europe occidentale sera détruite, de même que l'Allemagne de l'Est, la Pologne et la Tchécoslovaquie, mais pas la Russie, ni l'Amérique. Il n'existe qu'une seule riposte possible: une action nucléaire des Américains, que frapperaient avec toute leur puissance l'agresseur lui-même, c'est-à-dire la Russie. Il faudrait donc que les Américains s'y engagent par une déclaration claire et nette faite devant le monde entier.« Das war die klassische Definition friedenserhaltender nuklearer Abschreckung und tiefer Zweifel an einer absoluten US-amerikanischen Nukleargarantie, die kein Präsident geben wollte. Erhard konnte direkt nicht viel mehr antworten, daß dies ein interessantes Thema sei, das der deutschen Aufmerksamkeit bedürfe.

Darüber hinaus kamen auch französische Gespräche mit der Sowjetunion in großem Umfang zustande, die seit Jahresbeginn aus Moskau angeregt wurden. Sie werden in insgesamt 24 Dokumenten ausführlich gewürdigt, führten aber erst im folgenden Jahr zu einem spektakulären Besuch de Gaulles in der Sowjetunion. Insgesamt entsteht für das erste Halbjahr 1965 der Eindruck, daß sich die französische Politik verstärkt an sehr vielen Teilen der Welt interessiert zeigte, die sonst nicht so im Vordergrund standen.

Nordafrikanische Fragen – insbesondere die algerische Frage – waren ja bis zur Unabhängigkeit (ein in dieser Besprechung kaum erwähntes) Strukturproblem der französischen Gesamtpolitik gewesen. Das blieb es auch. Die nun unabhängigen Staaten des subsaharischen Afrika bildeten aber nunmehr ganz neue Probleme, die mit weiterer französischer Hilfe zentral zusammenhingen. Südamerika war seit 1964 verstärkt im Blickfeld. Aber neben China waren es nun auch weitere Staaten Südostasiens, die für Frankreich wichtige Bezugspunkte darstellten. Die Eskalation des US-Einsatzes in Vietnam zeichnete sich ab und führte gerade in Paris zu erhöhter Aufmerksamkeit.

Die zweite Hälfte des Jahres 1965 brachte gravierende Schritte der de Gaulleschen Selbstständigkeitspolitik mit sich. Am 30.6./1.7. erklärte Außenminister Couve de Murville die französische Politik des »leeren Stuhls« bei der EWG (1965 II, No. 3 – seltsamerweise berichtet der französische Vertreter in Brüssel an seinen Außenminister über dessen eigene Aktivitäten, No. 4), ein Schritt der erst gegen Jahresende mit der Einwilligung zu einer neuen Ratskonferenz in Luxemburg im Januar 1966 aufgehoben wurde. Zwischenzeitlich bezweifelte Paris die Legitimität der Rumpfrates (No. 252/253). Frankreich zog sich auch aus der militärischen Organisation der NATO zurück. Vor allem war de Gaulle scharf gegen die von US-Verteidigungsminister vorgeschlagene (und dann durchgesetzte) »Nuclear Planning Group« eingestellt (No. 18, vor allem No. 19). Die Amerikaner würden damit keine absolute Garantie für einen Nukleareinsatz geben angesichts ihrer »manière graduée«, c'est-à-dire de ne pas frapper directement la Russie«, ja sie würden auch noch die französischen Einsatzpläne durch eine solche Einrichtung kontrollieren wollen und schließlich »introduire l'Allemagne au premier rang des puissances qui discuteraient de la question«. Waren somit die Beziehungen zum Westen stark angespannt, so bemühten sich die Franzosen nachdrücklich um einzelne Staaten Osteuropas und zumal um die Sowjetunion. In Gesprächen mit Breschnew und zuvor Kossygin in Moskau führte Couve am 31.10. und 1.11.1965 eine selten offene Sprache – nicht nur zum fernerem Problem Vietnam, sondern vor allem zur deutschen Frage (No. 234 und 235). Man sei sich mit Moskau völlig einig über die Gefahr einer westdeutschen nuklearen Teilhabe, welche die Amerikaner

wollten, während Breschnew ernsthaft vor der Gefahr eines (west-)deutschen Revanchekrieges gegen die Sowjetunion warnte, da es ja keine zweite Front im Westen – also Frankreich – befürchte. Doch darauf ging der französische Außenminister nicht ein, wertete jedoch gegenüber Kossygin den Élyséevertrag als nicht sehr zufriedenstellend ab, »mais il signifiait à tout le moins l'impossibilité d'une nouvelle guerre franco-allemande«. Weder jetzt noch in einer späteren Wiedervereinigung dürfe Deutschland Atomwaffen haben – und deshalb solle man diese Frage doch nicht – nach sowjetischen Vorstellungen – den beiden deutschen Staaten allein überlassen. Nur schwach verteidigte Couve in diesem Zusammenhang den immerhin guten Willen der USA.

Diese wenigen Eindrücke über die zentralen Fragen französischer Selbständigkeit müssen ergänzt werden durch die Bemerkung, daß gerade zahlreiche afrikanischen Probleme vom Kongo bis Marokko, aber auch der sich verstärkende Vietnamkonflikt große Aufmerksamkeit in Paris fanden. Immerhin sprach Couve erstmals seit fünf Jahren am 29. September wieder vor der UNO, ein Ereignis, das drei Monate später vom New Yorker Repräsentanten Frankreichs einfühlsam in seinen Folgen kommentiert wurde (No. 343).

Kleine Fehler schleichen sich in jedem großen Werk sein, vor allem in Redaktion der Regeste zu Beginn jedes Bandes. Einige wurden erwähnt, hinzu kommt das Versehen, wenn etwa ein Gespräch des französischen Außenministers (1965 I, No. 173) mit seinem britischen Kollegen Lord Carrington in Manila, vermerkt wird; aber erst im Abdruck klar wird, daß es sich hierbei um ein Dreiergespräch auf Initiative des US-Außenministers Dean Rusk handelte. Einmal werden im Regest die Gespräche mit de Gaulle und Pompidou in der Abfolge vertauscht (I, No. 42 und 43). Doch das ist zu verschmerzen und geht nicht über einen kleinen Rahmen hinaus.

Eine Gesamtwürdigung der Documents Diplomatiques Français für die Jahre 1960 bis 1965 fällt leicht. Die Edition ist insgesamt ausgezeichnet und von hohem Standard geprägt – hierin der in den letzten Jahren gewachsenen Tradition folgend. Durchweg treffend gewählt sind die einzelnen Stücke, die ja aus einem Strom laufender Austauschbeziehungen heraus abgedruckt sind. Ganz zentral sind die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle – zu wem sie auch immer gemacht wurden. Besonders spannend und ertragreich sind daher diese Gespräche, aber auch Pompidous und Couve de Murvilles bzw. gelegentlich die Berichte französischer Diplomaten über Gespräche mit auswärtigen Politikern (zum Beispiel Chruschtschow oder Mao). Gelegentlich finden sich Hintergrundberichte über die Rezeption von bestimmten Initiativen, über allgemeine Politik – so zum Beispiel über die Zypernkrise, die 1964 ja zur türkischen Invasion im Norden der Insel geführt hatte. Man wartet neugierig auf die weiteren Bände und insbesondere auf den Fortgang des Wettbewerbs zwischen den Editionen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Die Objektivität gebietet es, seit langem einen deutschen Vorsprung auf diesem Gebiet zu konstatieren, auch wenn das nicht ganz höflich ist.